

## Pavel Poljan

### Die Deportation der Ostarbeiter im Zweiten Weltkrieg\*

"Die ägyptischen Baumeister gehen mit der Masse Mensch um wie mit einem Werkstoff, der ausreichen muß, der in beliebiger Menge zur Verfügung stehen muß."<sup>1</sup>

"Und ohne Sentimentalitäten...!" Fritz Sauckel.<sup>2</sup>

"Die Heimat wartet auf euch, Lumpen!"  
(abgewandelte Losung der sowjetischen Repatriierungskommission).<sup>3</sup>

#### I. Formen der Zwangsmigration - Versuch einer Klassifikation

Die Weltgeschichte kennt zahlreiche Beispiele für das, was die politischen Lexika als "Deportation" oder "Zwangsmigration" bezeichnen. Hingewiesen sei nur auf die assyrischen oder römischen Diasporen der Juden, auf die 'Umsiedlungen' der Negersklaven nach Süd- und Nordamerika oder auf die Kampagne "Mit dem Gesicht zum Dorf" in Maos China. Es besteht außerdem eine deutliche Verbindung zwischen solchen massenhaften Zwangswanderungen und historischen Katastrophen. Totalitäre Regime, wie sie sich in der UdSSR unter Stalin und in Deutschland unter Hitler gebildet hatten, stellen keine Ausnahmen von dieser Regel dar. Sie sind vielmehr gewichtige 'Bereicherungen' der historischen Erfahrung. Allein in der UdSSR gehören mehrere Zehnmillionen Menschen zu dieser Gruppe der Zwangsmigranten.

Im folgenden wird zunächst versucht, am Beispiel der verschiedenen Formen der Zwangsmigration in der Sowjetunion eine vorläufige Klassifikation dieses

---

\* Nach der Übersetzung von Ottmar Pertschi bearbeitet und leicht gekürzt von Andreas Gestrich

- 1 Osip Mandel'stam, *Gumanizm i sovremennost'* [Humanismus und Gegenwart], in: ders., *Sobranie socinenij*. V 2 tomach, hrsg. v. G.P. Struve u. B.A. Filippov, New York 1966, Bd. 2, S. 394-396, hier S. 394. (Erstmals veröffentlicht in: *Nakanune*, Nr. 240 Berlin 20. 1. 1923, *Literaturnoe prilozenie*, Nr. 36).
- 2 Ein Lieblingsausdruck des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel.
- 3 Lugin, I.A.: *Poglotka svobody*. (Die Freiheit gefressen; russ.) in: *Vserossijskaja memuar'naja biblioteka*. Serija: *Naše nedavnee*. Paris: YMCA-Press, (1987), S. 244.

**Tabelle 1:** Zwangsmigrationen. Versuch einer Klassifikation**A. Repressive Zwangsmigrationen***I. Nach sozialen Merkmalen*

1. Aussiedlung 'ehemaliger Gutsbesitzer' (1925-1927)
2. Entkulakisierung, Liquidierung der Großbauernschaft (1929-1933)
3. Aussiedlung der Adligen (1935)

*II. Nach ethnischen Merkmalen*

1. Zur politischen Vorbereitung militärischer Aktionen (Koreaner, Troko-Mescheten u. a.)
2. Totale Deportation "verurteilter Völker" (1941-1944)
3. Kompensierende Migrationen (Laken und Awaren anstelle der Ingusen und anderer)
4. Zwangsansiedlung (Kazachen, Erenken, Jukagiren, Zigeuner u. a.)

*III. Nach konfessionellen Merkmalen*

1. Deutsche Methodisten
2. Zeugen Jehovas und andere Sektenmitglieder
3. Klerus verschiedener Konfessionen

*IV. Nach politischen Merkmalen*

1. Mitglieder verbotener Parteien und Organisationen
2. Familienmitglieder von Volksfeinden
3. Ausländische Staatsangehörige

*V. Inhaftierte*

1. Kriegsgefangene
2. Wegen ihres Glaubensbekenntnisses Eingekerkerte
3. Kriminelle

**B. Nichtrepressive ('freiwillige') Zwangsmigrationen***VI. Planmäßige Umsiedlungen und Umsiedlungen 'auf Befehl'*

1. In den hohen Norden, nach Sibirien und in den fernen Osten
2. Nach Mittelasien und Kazachstan, dabei Erschließung von Neuland
3. Vom Berg ins "Tal" (Kaukasus, Pamir-Gebirge)
4. Wegen Bauvorhaben im Militärsektor, in der Energieversorgung und in anderen Industriebereichen
5. Umsiedlung von 'Demobilisierten'

*VII. Evakuierte (Rückevakuierte), Flüchtlinge und Repatrianten*

1. Aufgrund von Kriegshandlungen oder Konflikten zwischen ethnischen Gruppen
2. Aufgrund schleichender Verarmung oder von Umweltkatastrophen

Phänomens auszuarbeiten. Dabei wird davon ausgegangen, daß sich eine 'repressive' und eine 'nicht repressive' (oder 'freiwillig erzwungene') Form der Zwangsmigrationen voneinander unterscheiden lassen (vgl. Tabelle 1).

Das charakteristische Merkmal der ersten Form, der 'repressiven Zwangsmigration', ist die direkte Einwirkung des Staates. Die 'repressive Zwangsmigration' basiert auf einer politischen Entscheidung, die von oben erlassen wurde und gegen die normalerweise weder eine Klage eingelegt noch ein Urteil gesprochen werden konnte. Das beste Beispiel hierfür sind die sogenannten "verurteilten Völker". Darunter versteht man die umfassenden ethnischen Deportationen im Zweiten Weltkrieg, aufgrund derer über 2 Millionen Menschen

- Deutsche aus dem Wolgagebiet, Krimtataren, Kalmüken, Čečenen, Balkaren, Čerkesen und Karačaer - zwangsweise umgesiedelt wurden. Diese Volksgruppen wurden nicht nur aus ihrer historisch angestammten Heimat vertrieben, sondern auch aus allen anderen Gebieten und Städten. Dadurch erfaßten diese Deportationen faktisch das gesamte Land (siehe Karte S. 122).<sup>4</sup>

Im zweiten Fall, dem der 'nicht-repressiven' Zwangsmigration, konnte es zwar sein, daß die Entscheidung dazu ebenfalls auf oberster Ebene getroffen wurde; der Mechanismus der Umsiedlungen verlief jedoch anders: Die Staatseinwirkung war in diesem Fall indirekt und wurde häufig nur andeutungsweise sichtbar. Es wurde kein Zwang ausgeübt, sondern es wurden nur solche Bedingungen geschaffen, daß die betroffenen Menschen die von den Behörden getroffenen Entscheidungen 'freiwillig' annahmen. Für den Staat war dies günstiger, denn in diesem Fall konnte der überwiegende Teil der Kosten für die Umsiedlung den 'Freiwilligen' selbst aufgebürdet werden. Tatsächlich lag der Grad der Freiwilligkeit jedoch auch in diesen Fällen annähernd bei Null.

Diese Typologie gilt natürlich nicht absolut. Es gab viele Übergangs- und Mischformen. Eine solche Mischform war auch die Zwangsmigration der Ostarbeiter. Vom Prinzip her waren die Maßnahmen zu ihrer Rekrutierung nicht repressiv. Wäre die Anwerbung so vor sich gegangen wie etwa in Frankreich, wo auf der Ebene der Werber alles reibungslos verlief, dann hätte es keines Drucks bedurft und dann hätte es sich hier nicht einmal um eine Form der Zwangsmigration gehandelt. Aber die rein freiwillige Anwerbung, auf die die Werbung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, abzielte, war im Osten nicht möglich. (Wahrscheinlich war sie es auch in Frankreich nicht!)

Deshalb gehört die Rekrutierung der Ostarbeiter auf jeden Fall in die Kategorie der Deportationen, und zwar zunächst zum nicht-repressiven Typ der 'geplanten Umsiedlungen' oder der 'Umsiedlungen auf Befehl'. Es wurde eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen und außerdem ein fester Anwerbungsmechanismus und sogar ein Anwerbungsritual entwickelt. Die Nazioberen verglichen das blühende, mitten in Europa liegende Dritte Reich wohl nicht umsonst mit Sibirien!<sup>5</sup>

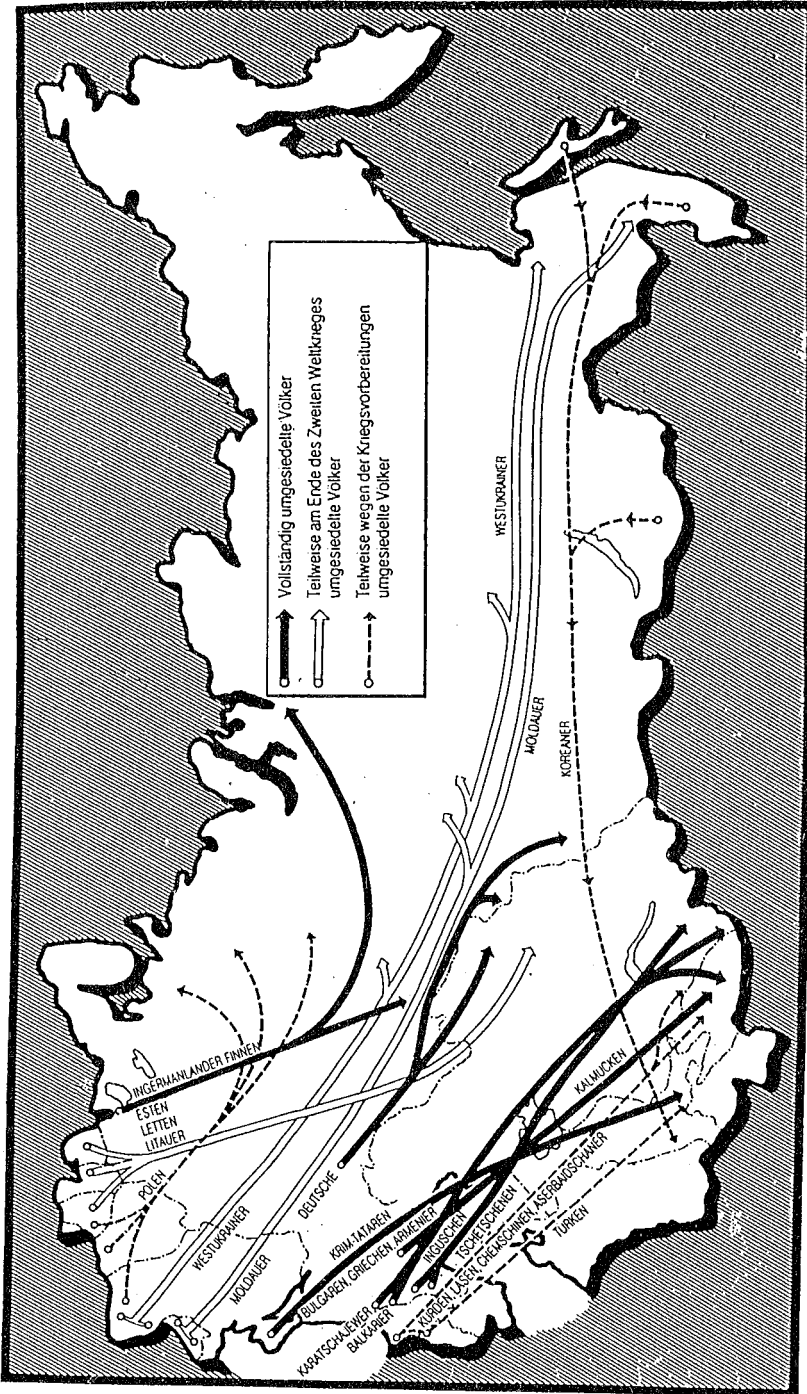
Zu diesen Merkmalen der nicht-repressiven Zwangsmigrationen kamen im Falle der Ostarbeiter jedoch auch noch etliche Merkmale der repressiven Form. Durch die genau festgelegte nationale Struktur der Anwerbungen erhielten die Ostarbeiter den Charakter einer relativ geschlossenen Gruppe.<sup>6</sup> Die Anwerbungen erstreckten sich nämlich ausschließlich auf Ukrainer, Russen und Weißrussen. Juden, Kaukasiern und Asiaten dagegen wurde diese 'Ehre' verweigert. Die

---

4 Zusammen mit O.V. Glezer. Erstmals veröffentlicht in: *Moskovskie novosti*, 1991 Nr. 26, 30.6., S. 6.

5 "Für Millionen Ostarbeiter wurde Deutschland", so Rosenberg, "zum zweiten Sibirien" (G. Reitlinger: *The house build on sand*. London: 1960, S. 271).

6 Den Nazis war die soziale oder konfessionelle Struktur der Ostarbeiter gleichgültig, nicht dagegen die ethnische und die ihr zugrunde liegende nationale Frage als Eigenmerkmal.



Karte der Völkerumsiedlungen in der UdSSR zwischen den dreißiger und den fünfziger Jahren. Die Karte wurde von den Mitarbeitern des Geographischen Instituts der Akademie der UdSSR Olga Glezer und Pavel Poljan vorbereitet.  
 Aus: Moskau News Nr 8, August 1991. S. 14.

Nationalität war auch ausschlaggebend bei der Auswahl der Mädchen als Mägde für die deutschen Hausfrauen. Dazu wurden hauptsächlich Ukrainerinnen herangezogen.

Nach der Schlacht bei Stalingrad und insbesondere nach der Schlacht bei Kursk wurde außerdem der Faktor "Vorbereitung militärischer Aktionen" ins Spiel gebracht (vgl. Tab.1, A II.1). Durch die Zwangsevakuierung der Zivilbevölkerung oder durch die Schaffung eines "reinen Gebiets", wie man es damals nannte, wollten die Deutschen sich gegen die Mobilisierung dieser Leute in den Reihen des Gegners absichern und sie gleichzeitig für irgendeine Arbeit zum Nutzen Deutschlands heranziehen.

Gegen Kriegsende kamen schließlich noch andere Zwangsmigranten ins Reich. Zu den Millionen 'klassischer' Ostarbeiter gesellten sich noch einige hunderttausend Flüchtlinge und Evakuierte. Als der Krieg zu Ende war, stellten die Kriegsgefangenen, Ostarbeiter und Flüchtlinge zusammen eine neue Einheit dar, die gemeinsam einer weiteren Zwangsmigration unterworfen wurde, die man zusammenfassend mit dem Begriff "Repatriierungen auf sowjetische Weise" charakterisieren kann.

## II. Zwang bei der 'Anwerbung' und Deportation ins Reich

Der Entschluß, Staatsbürger aus den besetzten Gebieten der UdSSR als Arbeitskräfte nach Deutschland 'einzuführen', war nicht unvermittelt entstanden. Er war vielmehr zum einen ein Ergebnis der Tatsache, daß der Zusammenbruch des Blitzkriegs im Osten zusammenfiel mit einer kolossalen Störung des Arbeitskräftegleichgewichts im Dritten Reich. Zum anderen aber hing er damit zusammen, daß innerhalb der nationalsozialistischen Führungsriege ein heftiger politischer Kampf ausgebrochen war. Beharrliche Förderer der Aktion waren militärindustrielle Kreise mit Pragmatikern wie Göring und Speer an der Spitze. Die Organe der NS-Führung, die Partei und die Gestapo, dagegen waren beunruhigt über die zunehmende rassistische Bedrohung der 'Reinheit' der deutschen Nation, falls Deutschland durch ein Millionenheer von Ostarbeitern überschwemmt würde.<sup>7</sup>

Im Duell mit den Hütern des reinen deutschen Blutes obsiegt zwar objektiv die Hüter der deutschen Wirtschaftsgewalt, aber dennoch war die Entscheidung ein Kompromiß.<sup>8</sup> Die Gegner des Einsatzes von Ostarbeitern im Reich konnten sich damit trösten, daß diese stets am Rande des Existenzminimums gehalten und hart ausgebeutet wurden. Dadurch verringerte sich auch die von ihnen ausgehende ideologische Gefahr. Dieser Kompromiß war jedoch fließend, denn die

---

7 Sehr ausführlich ist diese Interessenkollision in der Monographie von Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter, Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin, Bonn 21986, S. 49f beschrieben.

8 Die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Osten, die ursprünglich überhaupt nicht zu Vorkriegsüberlegungen gehört hatten, stagnierten schließlich. Sie waren, wie es Speer ausdrückte, nicht einmal eine wertvolle "Trophäe, die der Heerzug der deutschen Wirtschaftsökonomie gegen Rußland einbrachte". Zit. nach Herbert (wie Anm. 7), S. 167.

Verhältnisse verschoben sich - wenn auch nur langsam - zugunsten dieser rechtlosen und ständig hungrigen Menschen, deren rechtlicher und physischer Status sich allmählich verbesserte.

Bei dieser rechtlosen Situation der Ostarbeiter darf nicht vergessen werden, daß ihre Anwerbung in Rußland angeblich freiwillig erfolgt war. Hören wir dazu aber die Betroffenen selbst, die Werber und die Angeworbenen. In einem Anweisungsschreiben vom 26.1.1942 stellte der Chef des Wirtschaftsstabes Ost, Dr. Rachner, fest, die Hauptaufgabe der Organe für Arbeit sei es, "die Lücken in der Wirtschaft, die durch die Freimachung aller Angehörigen der jüngeren Jahrgänge für die Wehrmacht entstehen, in den nächsten Monaten durch umfassende Anwerbung russischer Arbeitskräfte zu schliessen. Dies ist kriegsentscheidend und muß daher erreicht werden! Wenn die Zahl der Freiwilligen hinter den gehegten Erwartungen zurückbleibt, so müssen die Werbenmassnahmen, wie bereits angeordnet, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verschärft werden."<sup>9</sup>

Die Arbeitsgruppe für Fragen des Arbeitseinsatzes im Göringschen Amt für Jahresplanung leitete Dr. W. Mannsfeld. Er war Anhänger einer "nach Möglichkeit freiwilligen" Arbeitskräfteauswahl. Dennoch erarbeitete er eine Gesamtkonzeption für einen "vierstufigen Zwangsplan" zur Rekrutierung von Fremdarbeitern, der folgende Maßnahmen vorsah:

1. Es sollte den in Frage kommenden Personengruppen per Gesetz erschwert werden, in der Heimat eine Arbeit zu erhalten oder auf einen anderen Arbeitsplatz zu wechseln;
2. Gleiches sollte bei Arbeitslosigkeit gelten;
3. Die Arbeitslosenunterstützung sollte auf das Überlebensniveau gesenkt werden. Im Falle einer hartnäckigen Arbeitsverweigerung sollte die Ausgabe von Lebensmittelkarten überhaupt verweigert werden;
4. Anwendung von Gewalt.

Die ersten drei Stufen dieses Maßnahmenkatalogs gingen also über indirekte Zwangsmaßnahmen nicht hinaus. Nur die vierte beinhaltete direkte repressive Einwirkungen. Andererseits ließ die 'Theorie' der 'Praxis' einen großen Handlungsspielraum, der von dieser auch unverzüglich und in vollem Umfang genutzt wurde. Die Belege für die Freiwilligkeit der Anwerbungen, mit denen die deutschen<sup>10</sup> - und auch die rumänischen<sup>11</sup> - Okkupationsmächte zumindest zu

9 Am 26.1.1942 verschickt an die Wirtschaftsinspektionen der Operationsbereiche "Süd", "Mitte" und "Nord". Bei den Nürnberger Prozessen lief diese Anweisung unter der Nr. 381-USSR und wurde als ein Beweis für den Zwangscharakter der "Anwerbungen" benutzt. Vergleiche: Gosnodarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (ferner: GARF) Bd. 7021, Abschn. 116, Nr. 359, Bl.1-5 und Nr. 359 Bl.27).

10 Nach deutschen Schätzungen betrug der Anteil der Freiwilligen in den ersten Monaten der Anwerbung ca. 80%. Vgl. A. J. Dallin: Deutsche Wirtschaft in Rußland, 1941-45. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, S. 443. Für die Nazi-Herrschaft gilt wie für das bolschewistische Regime, daß wegen ihrer Liebe zu Eintracht und Einstimmigkeit eine Abweichung von 20% an "Unfreiwilligen" bereits ein deutlich negatives Symbol war.

11 Die rumänischen Besatzer waren im Dnjestrgebiet "am Werk" (Transnistrien). Nach dem Stand für den 11.2.1942 waren von ihnen 60.000 Arbeiter für die Verschickung nach

Beginn der Aktionen noch auftraten, entsprachen nur teilweise der Wirklichkeit. Dies wurde von den Ostarbeitern selbst bezeugt, die sich darüber beklagten, daß sie als freiwillig-Geworbene in Viehwagen nach Deutschland verbracht wurden und daß man sie dort wie Gefangene behandelte.

Den 'Praktikern' war ihre Aufgabe klar: Am 24. Februar 1942 war angeordnet worden, daß 380.000 Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und 247.000 für die Industrie im Reich bereitgestellt würden<sup>12</sup>. Die entsprechende Infrastruktur, ein Netz aus "Anwerbekommissionen", den von Gerd Wysocki so treffend genannten "Rekrutierungsstäben", war ebenfalls schon geschaffen.<sup>13</sup> Diese Kommissionen bestanden aus Vertretern der Wehrmacht und des Arbeitsministeriums. Zeitweise wurden hierzu auch Vertreter der 'großen Auftraggeber' abkommandiert, falls besondere Spezialisten gesucht wurden.

Der im März 1942 ernannte Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, der Gauleiter für Thüringen Fritz Sauckel, wollte schließlich ohnehin nichts mehr von Verboten, Geboten oder Mißerfolgen wissen. Mit den vier bekannten sogenannten Sauckel-Programmen, startete er seine gewaltigen Versuche einer endgültigen Lösung des Arbeitskräfteproblems im Reich. Diese Programme wurden von April bis September 1942, von September 1942 bis Januar 1943, sowie in den Jahren 1943 und 1944 durchgeführt.

Am 20. April 1942<sup>14</sup> erließ Sauckel sein umfassendes und detailliertes "GBA-Programm für den Arbeitseinsatz". Es basierte - falls die freiwillige Mobilisierung nur geringe Erfolge zeigen sollte - auf der Möglichkeit und Notwendigkeit einer Zwangsunterzeichnung von Anwerbungsverträgen.<sup>15</sup> Diese Zwangsunterzeichnungen sollten "ohne verlogene Sentimentalität" (ein beliebter Ausdruck von Sauckel), aber dennoch "ohne überflüssige Härte" durchgeführt werden, da Arbeiter wie Werkbänke und Maschinen zweckmäßigerweise im Zustand einer ausreichenden Arbeitsfähigkeit erhalten werden sollten.

Das Ziel einer endgültigen Lösung des Arbeitskräfteproblems im Reich war jedoch nicht realistisch, nicht einmal das einer Zwischenlösung. Je mehr Arbeitskräfte ins Reich geliefert wurden, desto mehr wurden benötigt. Der Moloch der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft war unersättlich. Nicht nur in den besetzten Gebieten der UdSSR, sondern auch in Polen wurde von den Nazis

---

Rumänien vorbereitet worden. Betont wurde, daß 90 % der Geworbenen ohne Zwangsmaßnahmen, das heißt freiwillig, ins Ausland reisten.

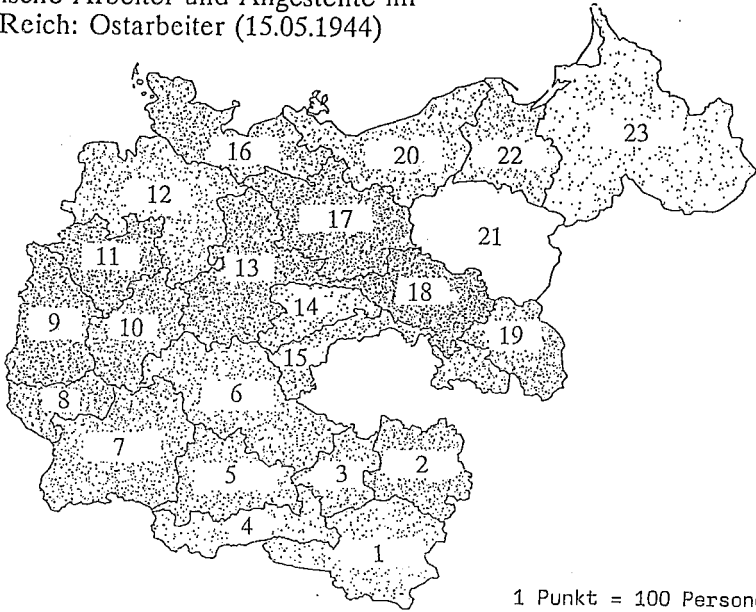
12 Dallin (wie Anm. 10), S. 442.

13 Siehe G. Wysocki: Arbeit für den Krieg. Herrschaftsmechanismen in der Rüstungsindustrie des Dritten Reiches. Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken "Hermann Göring" im Salzgitter-Gebiet 1937/38 bis 1945, Braunschweig 1992, S. 129 f. u. S. 490 (Anm. S.194)

14 Ein Feiertag im Dritten Reich: Hitlers Geburtstag"

15 Vgl. Ausgabe "GBA-Nachrichten zum Vierjahresplan", vorgestellt bei den Nürnberger Prozessen unter der Nr. SU/365 (vgl. Bericht "Ugon rabstvo" des stellvertretenden Hauptanklägers der UdSSR bei den Nürnberger Prozessen, Genossen Sorja in: GARF, Bd. 7021, Abschn. 116 Nr.351, Bl. 13-15). Hier ist im übrigen auch - erstmals - die Aufgabestellung formuliert, "zugunsten der Deutschen ca. 400 - 500.000 gesunde oder arbeitsfähige Mädchen aus dem Osten" zur Verfügung zu stellen.

Ausländische Arbeiter und Angestellte im  
Dritten Reich: Ostarbeiter (15.05.1944)



1 Punkt = 100 Personen

1 Steiermark-Kärnten 42 292	2 Wien-Niederöstr. 76 024	3 Oberdonau 34 345
4 Alpenland 16 971	5 Bayern 65 815	6 Nürnberg 81 159
7 Südwestdeutsh. 110 848	8 Westmark 58 168	9 Rheinland 175 961
10 Hessen 83 251	11 Westfalen 156 219	12 Niedersachsen 75 108
13 Mitteldeutschland 193 789	14 Sachsen 18 777	15 Sudetenland 52 691
16 Nordmark 104 032	17 Brandenburg 199 051	18 Niederschlesien 236 905
19 Oberschlesien 63 639	20 Pommern 61 288	21 Wartheland 1 041
22 Danzig-Westpreußen 46 679	23 Ostpreußen 40 991	

eine Kampagne zur Arbeitskräftemobilisierung inszeniert - eine Kombination aus propagandistischer Lüge, sozialem Druck und Terror. In diesem Fall wurden die Anwerbungen fast ausschließlich von den örtlichen Verwaltungsorganen durchgeführt: von den durch die deutsche Verwaltung eingesetzten Helfern der Bürgermeister, von Dorfältesten und anderen "Zivis" - freiwilligen Helfern, wie die Deutschen sie nannten, oder "faschistischen Häftlingen", wie sie von den Sowjets bezeichnet wurden.

Alle Beteiligten gaben sich die größte Mühe. Hier können nur die wichtigsten methodischen Verfahren des sanktionierten Terrors aufgeführt werden wie die Einberufung in die Kommandantur zur Befragung unter einem vorgetäuschten Vorwand und auch ohne Anhörung; das Verfahren, die zur Entsendung bestimmten Leute aus dem Bett zu holen; ihnen keine Möglichkeit des Überdenkens oder des Zurückgehens zu gestatten und sie bis zur Verschickung in einen Bunker oder eine Scheune einzuschließen; Drohungen (keine leeren), ihr Haus anzuzünden und die übrigen Familienmitglieder im Falle der Ablehnung oder der Flucht zu erschießen; Verhöre und Prügel. Bei Flucht oder 'Nichtannahme' waren Einäscherungen der Höfe der Geflüchteten, sowie ganzer Straßenzüge und



Dörfer an der Tagesordnung.<sup>16</sup> In den Städten behandelte man die Leute wie Jagdwild: die Deutschen veranstalteten Hetzjagden, man faßte sie auf dem Markt, auf der Straße, im Kino, sogar in der Kirche!

Für die einzelnen Menschen stellten die 'Anwerbung' und Verschickung nach Deutschland in den meisten Fällen ein dramatisches, mitunter tragisches Schicksal dar. Es ist deshalb kein Zufall, daß keiner der von uns Befragten diese Aktionen mit alltäglichen Worten wie "Umsiedlung" oder "Umzug" bezeichnete. Die Betroffenen verwandten eher Worte, die den zwangsmäßigen und äußerst unangenehmen Verlauf der Aktion ausdrücken wie: "fangen", "einsperren", "erjagen", "festhalten" und dergleichen.

Bei der Durchführung dieser Schritte gab es jedoch von Ort zu Ort sehr große Unterschiede - je nachdem welche Verfügungsgewalt der zuständigen Ortsverwaltung zukam. So war z.B. etwa jedes vierte von uns befragte Opfer über seine Umsiedlung im voraus gewarnt worden, zumindest einige Tage, manchmal auch Wochen vorher oder länger. War der zu Verschickende nicht rechtzeitig an Ort und Stelle, so wurde ihm angedroht, er würde erschossen oder seine Familie erhängt. Genannt wurden auch Fälle, wo anstelle des sich verbergenden Verschickungskandidaten einer seiner jüngeren Geschwister ausgewählt wurde.

Die Mehrzahl der Antworten auf unsere Fragebogen bestätigten jedoch, daß die Deportation normalerweise innerhalb weniger Stunden und völlig unerwartet geschah. Besonders in den Städten wurden häufig spezielle Hetzjagden durchgeführt. Die dabei gefaßten Opfer wurden sofort verschickt, meist ohne eine Gelegenheit die Angehörigen zu benachrichtigung. Am härtesten waren jedoch die unerwarteten "Sonderaktionen" auf dem Land, wo in der Regel durch SS und örtliche Polizei massive Bestrafungsaktionen durchgeführt wurden.

Besonders streng waren die Maßnahmen gegen Dörfer, die im Verdacht standen, Kontakte zu den Partisanen gehabt zu haben. In verschiedenen Fragebogen tauchten als typische Antworten Äußerungen wie die folgenden auf:

"...alle Dorfbewohner wurden auf den Dorfplatz zusammengerufen, danach wurden die Jungen ausgewählt und in einer Scheune eingeschlossen. Die Alten wurden entlassen. Danach wurden wir mit den Lastwagen weggebracht und wußten nicht, wohin man uns fährt. Erst als man uns in Eisenbahnwaggons ver lud, sagte man uns, es gehe nach Deutschland..."

"... sie drangen ins Haus ein, ergriffen uns, gaben uns keine Möglichkeit irgend etwas mitzunehmen, jagten uns zu Fuß in die Kreisstadt..."

"... wurde während einer Hetzjagd gefangen, und ermahnt, daß, falls ich mich nicht melde, meine Eltern erschossen würden".

16 Derartige "Maßnahmen" wurden Sonderaktionen genannt. So wurden z.B. nach Mitteilung des Gebietskommissars Petrikov im Verlaufe einer dieser Sonderaktionen (vom 4. bis 5. 12. 1942) acht Dörfer im südlichen Gebiet vollständig abgebrannt (Gesamteinwohnerzahl 2.847), wobei die Mehrzahl der Bevölkerung bislang den Deutschen freundschaftlich gegenüber gestanden hatte und wahrscheinlich auch danach ihre Meinung nicht änderte. In BA, R 55, I. 483.

"... die deutschen Soldaten verschütteten Benzin im ganzen Haus. Uns verjagten sie zu Fuß mitten im Schneesturm..."

Natürlich konnte ein solcher Umgang der Deutschen mit der jeweiligen Bevölkerung die Beziehungen der Besetzten zu den Besatzern nicht gerade verbessern. Das Aufkommen der gewaltigen Partisanenbewegung in der deutschen Etappe hängt nicht zuletzt auch mit der Sauckelschen 'Anwerbungspolitik' und seiner Bereitschaft zusammen, alle Formen von Brutalität anzuwenden, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Durch dieses Vorgehen machte Sauckel auch das deutsche 'Hinterland' unruhig. Bereits im November 1942 beschuldigten ihn Rosenberg und Bräutigam öffentlich, er habe in unzulässiger Weise brutale Werbemaßnahmen angewandt. Militärische Demarchen gegen derartige Methoden dienten teilweise dem gleichen Zweck.<sup>17</sup>

Aber zum damaligen Zeitpunkt konnte man schon nicht mehr von 'Werbungen' und von Freiwilligkeit sprechen. Deshalb wurde der Beschluß gefaßt, die qualifizierten Arbeitskräfte zwangsweise abzukommandieren. Alles, was man nur kriegen konnte, alle, die man auf irgendeine Weise fangen und abführen konnte, wurden erfaßt und deportiert. Und selbstverständlich "ohne Sentimentalitäten!"

Einen spürbaren Beitrag dazu leisteten auch die sogenannten Sonderaktionen. Dabei wurden die Dörfer im Morgengrauen mit Maschinengewehren umstellt - etwas, was die Menschen nur schwer aus ihrer Erinnerung streichen können! Im Jahr 1943 erbrachten 28 derartige Operationen innerhalb von zehn Monaten insgesamt 125.000 Menschen. Von ihnen wurden etwa 74.000 oder drei Fünftel ins Reich verbracht.<sup>18</sup>

### III. Gewaltanwendungen beim Arbeitseinsatz

Was den Ostarbeitern auf ihrem Weg nach Deutschland und später in Deutschland begegnete, wich schroff von den Versprechungen und Verheißungen der Werber ab. Wer mehr oder weniger freiwillig kam, wurde nun desillusioniert. Die Viehwaggons, in die man die 'Angeworbenen' verlud, glichen in keiner Weise den versprochenen beheizbaren Güterwagen bzw. - ab der deutschen Grenze - den angekündigten Personenzügen, ganz zu schweigen von der Grobheit der Zugbegleiter, dem Mangel an Verpflegung (die im besten Falle einer Gefängnisnahrung entsprach), dem Fehlen von Wasch- oder Trinkwasser. In den Waggons selber herrschte eine schreckliche Enge. Die an sich 35 bis 40 Personen fassenden Güterwagen wurden mit bis zu 60 Leuten vollgestopft.

17 Es klingt paradox, aber ist Tatsache: gerade die Militärs waren Anhänger der Freiwilligkeit! Denn sie mußten die von Sauckel eingebrachte Suppe 'auslöfeln', das heißt, mit den Partisanen kämpfen. So gab Feldmarschall von Kleist, der Oberkommandierende der Armee-Gruppe A, am 17.2.1943 einen Befehl heraus, wonach in dem ihm unterstellten Operationsbereich Anwerbungen nur noch auf freiwilliger Basis gestattet seien. Vgl. Dallin (wie Anm. 12) S. 454.

18 "Wirtschaftsstab Ost", Kriegstagebuch für 4.-10.12.1943 in BA/MA, UKW, Wi/Euä, Nr. RW 31/35

In den Etappenlagern (normalerweise irgendwo im Bereich des Generalgouvernements, d.h. in Polen) wurden die Neuangekommenen einer Desinfektion und Sanitärbehandlung unterzogen (in vielen Lagern grassierte Typhus, über einige war Quarantäne verhängt): Die Neuangekommenen mußten sich nackt ausziehen, ihre Kleidung wurde verbrannt, ebenso ihre persönlichen Gegenstände. Falls sie einverstanden waren, wurden auch Fingerabdrücke genommen. Bei der Registrierung erhielten die Menschen zunächst eine 'persönliche' Nummer - die meisten haben sie ihr Leben lang nicht vergessen - sowie einen "Lagerpaß". Das war eine Karte, manchmal auch eine Aluminiumplatte, mit derselben Nummer und einer Schnur zum Umhängen um den Hals. Die Nummern waren derart 'persönlich', daß manch einer nie wieder von einem Deutschen mit seinem Namen angesprochen oder gerufen wurde, sondern nur mit seiner Nummer!<sup>19</sup>

Die Etappenlager dienten im Wesentlichen dem 'Sortieren' der Menschenmassen. Hauptkriterium dafür war der Beruf und insbesondere der körperliche Zustand, die Arbeitsfähigkeit der Leute. Ohne überflüssige Zeremonien wurden Frauen von Männern, Alte von Jungen getrennt. In seltenen Fällen wurden für Familien Ausnahmen gemacht. Leute aus dem gleichen Dorf wurden auseinandergerissen, zufällig zustandgekommene 'Landsmannschaften' wurden zerbrochen.<sup>20</sup>

Vermutlich hat irgendjemand an der Spitze des Naziregimes den unheimlichen Plan ausgeheckt und diese Menschen dazu verdammt, auf sich allein gestellt zu sein. Es kann aber auch sein, daß das nur eine der vielen Nebenabsichten war, derer sich das Naziregime bediente. Semin schreibt:

"Hier traf alles auf einmal zusammen: der Verlust der Nächsten, hungrig, bis zum Ende erschöpft, auf Ration gesetzt, aufs Schändlichste beleidigt. Es endete in systemlosen Massenerschießungen, begonnen mit systematischen Prügeleien. Die 'OP's' handelten schnell, hart und fröhlich. Sie schlugen nicht nur mit speziellen Schlagwerkzeugen, etwa einem Gummiknüppel oder einem Schlagstock, sondern mit Füßen, Händen, und allem, was in ihnen in diesem Augenblick in die Hände fiel."<sup>21</sup>

19 Bei der Registrierung waren manche gezwungen - oder hielten es für günstiger - ihre Identität zu ändern: um ihre wahre Herkunft, ihren Familiennamen, Parteizugehörigkeit oder Nationalität zu verbergen, zum Beispiel ihre jüdische Abstammung. Dabei dienten ukrainische Familiennamen als 'Code'.

20 Insbesondere Jugendliche spürten, daß sie in einer solchen Zwangssituation allein nicht leicht überleben würden und fühlten sich instinktiv zueinander hingezogen, suchten gegenseitigen Schutz und Unterstützung. Fanden sie bei ihrer Verschickung oder später im Lager zufällig Leute aus derselben Stadt oder demselben Bezirk, die sie ohne den Krieg vielleicht niemals getroffen hätten, dann verband sie etwas Allgemeines, eine Vorkriegsgemeinsamkeit. Die auf diese Weise zusammengekommenen nannten sich gegenseitig "Landsleute" und verhielten sich dementsprechend.

21 Semin, V.: Nagrudnyj Znak "Ost" [Abzeichen "Ost"]. Roman, Novelle, Erzählungen, Moskau 1978, S. 82. (Serija Biblioteka "Družby Narodov").

In der Regel fand all das seine Fortsetzung vor Ort, das heißt im Arbeitslager oder auf dem Bauernhof, wohin die 'Ostler' schließlich gerieten und - insbesondere gedemütigt durch den sogenannten 'Arbeitsmarkt'<sup>22</sup> - ihr 'Zuhause' fanden.

Bei der Beschreibung des Lebens bzw. Überlebens der Ostarbeiter im Reich wollen wir uns hier auf zwei Beispiele beschränken, die sich dem Gedächtnis der Überlebenden unauslöschlich eingeprägt haben: auf das Brustzeichen "Ost" sowie auf ihre Bekleidung und Ernährung.

a) *die Brustzeichen*: Die deutschen Instanzen unterschieden offensichtlich dreizehn Kategorien von Fremdarbeitern und differenzierten ihre Sklaven streng nach nationaler Zugehörigkeit: Russen, Franzosen, Polen, Holländer. Alle wurden in besonderen Lagern oder zumindest in speziellen Baracken untergebracht. Unter ihnen wurde jedoch nur den Juden (gelber Davidstern), den Polen (Buchstabe "P") und den Ostlern ("Ost") die besondere 'Ehre' der Erniedrigten erwiesen, daß sie mit einem Sonderabzeichen ausgestattet wurden.<sup>23</sup>

Daß ein solches Abzeichen zur weiteren Unterscheidung getragen werden mußte, war bereits im November 1941 durch einen Befehl Görings verfügt worden. Die Polizei führte den Befehl jedoch erst ab dem 20. Februar 1942 offiziell aus. Und auch dabei gab es noch Abstufungen: wer sich aus deutscher Sicht bei der Arbeit gut betrug, bekam das Recht, das Abzeichen bzw. den Annäher nicht auf der Brust, sondern auf dem Ärmel tragen zu 'dürfen'.

Außerdem hatte bereits im Februar 1942 das Ostministerium vorgeschlagen, für jede der drei großen Volksgruppen der UdSSR (die Russen, die Ukrainer und die Weißrussen) spezielle Abzeichen einzuführen. Darauf sollte man erst zwei Jahre später zurückkommen. Im März 1944 schlug zum Beispiel der Spitzenmann im Ostministerium, Bräutigam vor, die Intelligenz und die qualifizierten Arbeiter überhaupt vom Tragen von Annähern zu befreien.<sup>24</sup> Bereits vor Bräutigam waren - und das ist nicht verwunderlich - für ein Absetzen des zwangsweisen Tragens des Ostabzeichens schon Goebbels' Propagandaministerium und deutsche Militärs wie General Köstring eingetreten; denn sie hatten es auch mit den russischen Freiwilligenverbänden zu tun.<sup>25</sup> Zu offensichtlich war der Widerspruch zwischen den beiden Tatsachen, daß es im Reich einerseits russische Sklaven (Ostarbeiter) und andererseits russische Verbündete gab (die Vlasovsche russische Befreiungsarmee und andere Freiwilligenverbände).

Bereits Ende April 1944 wurde daher eine Entscheidung getroffen, die aber erst am 19. Juni 1944 in Kraft trat: Man wollte zwar nicht auf die Idee eines

22 Der Bauer, der sich die Arbeiter auswählte, betrachtete sie wie Pferde oder Sklaven auf einem Sklavenmarkt, prüfte ihre Muskeln, ihre Zähne usw. Eine Frau, sie hieß Anna, wurde vom Bauern in Pauline 'umbenannt', da er bereits eine Anna zu Hause hatte!

23 "Der Lappen 'Ost'", wie dies eine der Inhaftierten nannte.

24 Aber auch dieser Vorschlag wurde zu der damaligen Zeit von Himmler verworfen. Siehe: Dallin (wie Anm. 10), S. 460. Siehe auch Bor'ba za prava "Ostovskich" rabočich, [Der Kampf um die Rechte der "Ost"-Arbeiter]; russ. in: Bor'ba. München: Oktober 1948, S. 25-27.

25 Da darf auch General Vlasov nicht übergangen werden: die Ostler waren ihm besonders wert und teuer.

Erkennungsmerkmals selbst verzichten, aber auf das allen verhaßte "Ost"-Abzeichen. Jede der drei sowjetischen Hauptvolksgruppen erhielt ihr eigenes - mehr oder weniger traditionelles - Abzeichen: die Ukrainer den Dreizack, die Weißrussen die Weizengarbe mit Zahnrad und die Russen das Kreuz des Heiligen Georg, das auch zum Emblem der Vlasov-Bewegung wurde.

Bei der Umsetzung dieses Befehles gab es jedoch keine Eile. Die erste Aktion erfolgte am Sonntag, dem 27. August. An diesem Tag, der im gesamten Reich ein Feiertag war und vollständig arbeitsfrei sein sollte, sollten den Ostarbeitern ihre neuen Nationalitätsabzeichen ausgehändigt werden. Es müsse allerdings darauf geachtet werden, daß alle Ostarbeiter diese Abzeichen auch aufnähten.<sup>26</sup> Der Termin wurde jedoch im letzten Moment verschoben und damit im Prinzip aufgehoben<sup>27</sup>. Erst im Februar 1945 kam man wieder auf dieses Problem zurück, wohl wegen des Drucks von Seiten des Vlasovschen Komitees für die Befreiung der Völker Russlands.<sup>28</sup>

b) *Kleidung und Ernährung*: Die Schuhe, die den Ostarbeitern vom deutschen Staat zur Verfügung gestellt wurden (und das heißt im Prinzip: ihre einzigen Schuhe, weil ihre von zu Hause mitgebrachten entweder eingesammelt oder bald unbrauchbar geworden waren), waren feste Holzschuhe oder "Pantinen"<sup>29</sup>: Stiefel mit einer Holzsohle und einem Schuhoberteil aus Zelltuch oder Karton! In den Pantinen wurde gelaufen und gearbeitet, sie wurden nur nachts abgelegt, die Schuhsohle war nicht biegsam und führte so zu blutigen Wunden an den Füßen. "Diese Schuhe", erzählt V. Semin, "zwangen zu einer Art Skifahrergang, einem schlürfenden Büßergang".<sup>30</sup> Außerdem war dieses Schuhwerk auch lärmend: Das Klappern der Holzsohlen warnte die Bewohner vor den herankommenden Sklaven. Aber auch die Flucht war in solchen Schuhen selbstverständlich äußerst

26 Rundschreiben Nr. 5044/44 vom 15.8.1944 - In: CChJDK (Centr Chranenija istoriko-dokumental'nych kollekcij, ehemaliges "Sonderarchiv"), Band 502, Nr.2, Bl.68, Abschn.5.

27 Rundschreiben Nr. 5046/44 vom 23.8.1944 in CChJDK (Centr chranenija istoriko-dokumental'nych kollekcij, ehemaliges "Sonderarchiv"), Band 502, Bl. 5 Nr.2, Abschn. 2.

28 Vgl. die entsprechende Verfügung, getroffen in Werden bei Bremen am 1.2.1945. In diesem Fall wurde es den Ortsvorstehern anheimgestellt, wie sie alles möglichst feierlich gestalten könnten. Es würde uns interessieren, wie die eingesammelten "Ost-Aufnäher" hätten weiterverwendet werden können - veröffentlicht in: Woock, J. Zwangsarbeit als Thema in der Gymnasialoberstufe, in: "Der Mensch gegen den Menschen": Überlegungen und Forschungen zum Deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Hg. von Hans Nolte. Hannover 1992, S. 211.

29 Das russische Wort für Pantinen - "kolodki" ist wahrlich ein gelungener Ausdruck: außer der ursprünglichen fachsprachlichen Bezeichnung aus dem Schusterhandwerk, dem Leisten, hat es auch noch die eindeutige Nebenbedeutung "Fessel, Fußblock", und besonders im alten Rußland nannte man einen Gefangenen auch "Kolodnik" (Sträfling unter besonders strengen Haftbedingungen)!

30 Semin, ebenda, Seite 148. Vergl. auch: "Als Schuhwerk dienten häufig Holzpantinen, die für einen Marsch äußerst ungünstig sind. Eine schnelle Fortbewegung oder Rennen in Pantinen war nur auf zwei Weisen möglich: indem man den Fuß wie ein Skifahrer nicht vom Boden hob, oder indem man ihn extra hoch hob, etwa wie ein trabendes Rassepferd. Die Pantinen wurden zum Erkennungsmerkmal des sowjetischen Gefangenen. Die Gefangenen anderer Staaten trugen ihre eigenen Schuhe"; Lugin (wie Anm. 3), S. 179.

erschwert.<sup>31</sup> V.M. Baranov, damals 16 Jahre alt und ständig fluchtbereit, bezeichnet deshalb in seinem Tagebuch dieses Schuhwerk nur als "Fußfesseln".

Das Allerschwerste und Unerträglichste war aber nach der ganz einhelligen Meinung der ehemaligen Ostarbeiter der *Hunger* - dieses ständige Hungergefühl. Geht man nicht von den Lagervorschriften aus (da die ausreichende Nahrungsversorgung ohnehin keine feste Regel darstellte), sondern von den Aussagen der Ostarbeiter selbst, dann sah die durchschnittliche Tagesration etwa so aus: Morgens (manchmal auch abends) gab es Ersatzkaffee und Brot - insgesamt zwischen zweihundert bis zweihundertundfünfzig und vierhundert Gramm. Für die im Bergbau Beschäftigten war die Ration natürlich etwas größer. Sie betrug dort fünf- bis sechshundert Gramm. Manchmal dienten Kartoffeln als Ersatz für Brot. Ein- bis zweimal täglich gab es einen halben Liter dünne Brühe aus Steckrüben, Möhren und Kohl (manchmal auch Kohlrabi) oder Spinat. Pro Woche<sup>32</sup> erhielten die Ostarbeiter zwischen zehn und zwanzig Gramm (manchmal auch bis zu hundert Gramm) Margarine, fünfzig bis fünfundsiebzig Gramm Zucker oder Sacharin und manchmal siebzig bis hundert Gramm Kochwurst.<sup>33</sup>

Der Hunger war das Leitmotiv der allermeisten Briefe von Ostarbeitern und auch ihrer Antworten auf unsere Befragungen. Unter derartigen Umständen bestand die einzige Möglichkeit, den Hunger zu bekämpfen und zu überleben, im *Stehlen*. Das Risiko war natürlich groß, aber diese unglücklichen Menschen hatten keine andere Wahl. Der Hunger, der ständige Gedanke ans Essen, trieb sie absolut unausweichlich und alltäglich zum Diebstahl: "Vor dem Abendessen wurden Kübel mit fünf Kohlköpfen in die Küche gebracht, wir klauten sie und aßen sie sofort auf."<sup>34</sup>

Gestohlen wurde alles, was irgendwie eßbar war (oder es wurde getauscht gegen Essen): Kartoffelschalen, Steckrüben, Kartoffeln, Brot. Gestohlen wurde ständig: auf dem Weg zur Arbeit, bei der Arbeit, auf dem Rückweg von der Arbeit, in der Baracke. Nachts wurden Ausflüge in die umliegenden Felder und Scheunen unternommen. Gestohlen wurde überall: aus der Küche, aus dem

31 Vgl. "Die Pantinen erwiesen den Deutschen wahrlich einen Dienst. In den Pantinen konnte man nicht fliehen: beim Laufen flogen sie vom Fuß. Schnell Gehen war ebenfalls nicht möglich. Zur Bewachung von ca. 80 Menschen brauchte man nur 2 - 3 Begleiter. Bei Matschwetter und Regen, bei Schnee und Hitze haben uns die Pantinen wirklich gut behütet. Ging eine Kolonne von 76 Mann zur Arbeit, dann hörte dies das gesamte Dorf. Unsere Pantinen dröhnten auf das Pflaster. Im Winter stürzten viele, denn die Pantinen rutschten auf Eis." (F. Ja Čeron. Nemeckij plen i sovetskoe osvoboždenie [Der deutsche Gefangene und die sowjetische Befreiung; russisch], in: Vserossijskaja memuarная biblioteka. Serija: Naše Nedavnee. Paris YMCA-Press, 6 (1987) Seite 52).

32 Die wöchentlichen Rationen wurden an manchen Orten samstags verteilt.

33 Sehr wichtig sind deshalb derartige Aussagen wie: "Sehr geholfen haben uns die Holländer, die uns ihr Essen gaben". (A.A. Dorošenko, Lager in Fulda); "Die Ausländer (Italiener, Franzosen, und Holländer) erhielten Pakete vom Roten Kreuz. Manchmal steckten sie uns Arabenden etwas zu." (A.E. Dranica, Waldstädt bei Bad Segeberg, Lager der "Kriegsmarine"-Fabrik).

34 Baranov, V.M. (Dnevnek Ostarbajtera - Ostarbeitertagebuch; russisch) in: Handschriftliche Aufzeichnungen vom 20.9.1943.

Lagermagazin, aus den Schuppen der Bevölkerung. Und es wurde raffiniert gestohlen: sogar Schnaps aus den Behältern der Wehrmacht und alle möglichen Waren, die entladen wurden! Dabei wurde all dies nicht für Diebstahl gehalten, mit Ausnahme vielleicht des Diebstahls, der an den anderen Lagerinsassen verübt wurde, denen es genauso schlecht ging wie einem selbst. Alles übrige berührte das Gewissen nicht.

Die Deutschen versuchten selbstverständlich, den Diebstahl zu bekämpfen. Bei sogenannten Kartoffelrazzien durchsuchten sie die sowjetischen Gefangenen bei ihrer Rückkehr ins Lager. Auch nachts veranstalteten sie Durchsuchungen. Das Strafmaß für Diebstahl reichte von Prügeln mit dem Gummiknüppel bis zur Verschickung ins Konzentrationslager. Die Deutschen dachten, sie könnten mit solchen 'prophylaktischen' Maßnahmen und Strafandrohungen das Stehlen verhindern. Sie hatten nicht verstanden (denn der Satte kann den Hungrigen nicht verstehen!), daß der Hunger immer ist stärker als die Furcht.

Nach dem Hunger kamen *Furcht* und ein brennender *Hass*. Das waren die Gefühle, von denen die Herzen und Seelen dieser Menschen am meisten beherrscht wurden. Mit der Zeit zeigte sich jedoch, daß auch die Deutschen diese Gefühle entwickelten, wenn nicht den Haß, dann zumindest die Furcht. Sie gab es auf beiden Seiten. Den Ostlern war die Furcht ihrer Peiniger allerdings nicht sofort bewußt. Erst als der Krieg sich mehr auf Deutschland zubewegte, wurde sie deutlicher. Greueltaten waren nicht angebracht. Sie waren gefährlich, denn der heutige Sklave könnte morgen wieder ein Herr sein. Es wäre also unklug, ihn zu einem Verfolger zu machen!

An Repressionen erinnerte sich dennoch fast jeder vierte der von uns Befragten. Sie reichten von Schlägen für die geringste Ungehorsamkeit, Befehlsverweigerung, Schlendrian, "Nicht-Verstehen" oder Diebstahl von Kartoffeln, bis zum Karzer, Gefängnis, Straflager oder Konzentrationslager (wegen Flucht, Sabotage oder einfach als Folge unbegründeter Denunziation).

Das hätte sich nicht einmal die Gestapo träumen lassen: Nach Absprache zwischen dem Reichssicherheitsministerium und dem Reichsjustizministerium gerieten Anfang November 1942 die Ostarbeiter unter die 'Jurisdiktion' der Polizei, d.h. sie wurden faktisch von der SS in Haft genommen. Wie A. Dallin schreibt, wurde danach "die Gesetzlosigkeit zum Gesetz".<sup>35</sup> Eine Spitzenleistung an Zynismus und Härte war der Befehl der Gestapogröße Müller vom 14. Dezember 1942: Reichsweit wurden daraufhin zu Beginn des Jahres 1943 mindestens 35 000 Fremdarbeiter, die von ihrer Arbeitsstelle geflohen waren, in Konzentrationslager geschickt. Bereits im Sommer 1943 gab es von Seiten der Industriellen vereinzelt Proteste gegen diese Praxis, denn die Arbeitsmarktlage war so angespannt, daß sie den Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter ihrer exemplarischen Bestrafung vorgezogen hätten.

Die Lebensbedingungen der Ostarbeiter und ihr Grad an relativer Freiheit variierten stark, je nachdem, wohin sie gelangten - in die Industrie (besonders in

---

35 s. Dallin, 1958, S. 449 - 451.

die Kohlebergwerke und in die Rüstungsproduktion) oder in die Landwirtschaft, in Großunternehmen oder zu Handwerkern. Am schlechtesten ging es denen in den Groß-Gruppen und in den Lagern. Sie arbeiteten normalerweise in großen Fabriken und in den Gruben. Allenfalls in Mannschaften bis zu 100 Personen waren die Verhältnisse einigermaßen erträglich. Die in der Industrie beschäftigten Ostarbeiter lebten in abgeschirmten Arbeitslagern hinter Stacheldraht. Ihr persönlicher Auslaufraum war beschränkt auf das Lager und nur das Lager. Dagegen wurde den bei Bauern eingesetzten Arbeitern häufig sogar eine eigene Kammer im Hause zur Verfügung gestellt.

Ähnlich große Unterschiede bestanden auch in der Art der Arbeit. Obwohl die Dauer des Arbeitstages in der Landwirtschaft nicht festgelegt war (er betrug bis zu 18 Stunden) und obwohl dort normalerweise überhaupt keine Arbeitslöhne bezahlt wurden (es wurde unterstellt, daß der Lohn durch die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung abgegolten war), hielt man es doch für großes Glück, wenn man aufs Land kam. Vor dem Hintergrund einer Zwölf- oder auch nur Acht-Stunden-Schicht im Bergwerk oder an einem unterirdischen Fließband erschien sogar die allerschwerste Arbeit in der Landwirtschaft als ein Paradies, auch wenn sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend dauerte. Diese Bewertung der Vor- und Nachteile der Arbeit in der Landwirtschaft war aus Sicht der 'Gastarbeiter' vollkommen richtig. Das hat überzeugend auch Vitalij Semin dargelegt als er schrieb:

"In Deutschland ist es dort leichter, wo weniger Menschen sind". Denn "... der einzelne Mensch wurde dort als wertvoller angesehen. Blickt man sich häufig in die Augen, dann möchte man schließlich auch einmal lächeln, etwas fragen und das Lächeln erwidern. Die Folgen eines solchen Lächelns sind nicht mehr zu kontrollieren"<sup>36</sup>.

Deshalb soll im folgenden noch genauer auf die Lage jener Ostarbeiter eingegangen werden, deren Schicksal es wollte, daß sie "ins Paradies", d.h. zu einem Bauern oder in einen städtischen Haushalt, gelangten.

Am verblüffendsten ist, daß sich dieser 'Glücksfall' im allgemeinen in nichts von einem persönlichen oder präfeudalen Sklavenverhältnis unterschied. Diese Parallele zur Sklavenhaltergesellschaft kommt weniger davon her, daß die Ostarbeiter gekennzeichnet waren und Abzeichen trugen, auch nicht davon, daß sich die Besitzer einen 'Sklaven' oder eine 'Sklavin' für etwa 15 - 18 Reichsmark kaufen konnten, sondern daher, daß die Arbeit der Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen durch nichts anderes geregelt war, als durch das Ermessen der Besitzer! Die deutschen Vorschriften zum Arbeitsschutz und zu den Arbeitsbedingungen galten für die Ostarbeiter nicht. Sie hatten weder ein Recht auf freien Ausgang (vor das Tor durften sie nur mit der Zustimmung des Hausherrn), noch ein Recht auf Freizeit. Nur drei Stunden wöchentlich wurden ihnen erlaubt, bis zum Einbruch der Dunkelheit, und auch dies nur als Belohnung für gute Arbeit und gutes

---

36 Semin, ebd., S. 255



Betragen und wiederum "ohne Sentimentalitäten". Der Besuch von Restaurants, Cafés, Theatern oder Kirchen war ihnen nicht gestattet.

Das Leben war wahrlich keine Idylle.<sup>37</sup> Die Arbeit war aufreibend, es gab Haß, Verachtung und körperliche Gewaltanwendung von Seiten der Wirte, es gab Demütigungen, Schmerzen und Selbstmorde: Die erblindete Valentina Demuškina wird ihre Herrin, Frau Stock aus Nürnberg, kaum vergessen. Diese schüttete ihr den Rest heißer Milch ins Gesicht, weil die Milch übergelaufen war! Oder Marija G., die ihrer Mutter nach Vorošilovgrad schrieb:

"Man mustert uns wie Vieh ... Ach Mama, wie gerne möchte ich krank werden! Weil ich ja sonst niemals nach Hause komme. Hier ist ja nur Zwangsarbeit ... Im Moment bin ich noch nicht sehr krank. Wir dürfen 2 Briefe im Monat schreiben, vielleicht bekommt ihr wenigstens einen".

Was aber fühlten die Deutschen dabei? Dies sollen einige Belege, sozusagen von deutscher Seite verdeutlichen. Es sind Auszüge aus Briefen von der Heimatfront, gefunden bei gefallenen oder in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten:

Frieda Butz (Gülze, Bezirk Demmin, 30.04.1942) an den Soldaten Otto Teskú:

"Am Mittwoch haben wir wieder 2 Russen begraben. Jetzt sind hier auf dem Friedhof bereits 5 begraben und 2 weitere liegen im Sterben. Was sollen sie auch leben, man müßte sie alle totschiagen ...".

Maria Wickert (Frankweiler, ohne Datum) an den Unteroffizier Josef Wickert:

"... ich habe Dir noch nichts über die von Dir geschickten 100 DM geschrieben. Ich hab sie sofort Deiner Mutter gegeben, damit sie sich Gefangene kaufen könne. Jetzt sind sie nicht sehr teuer".

An den Gefreiten Wilhelm Haussmann von seiner Mutter (Schweighausen):

"Bei uns in der Molkerei gibt es auch 6 Russen. Nachts werden sie dort eingesperrt. Unter ihnen gibt es 14 - 15jährige Jungen. Mach Dir keine Sorgen. Sie können arbeiten."

An den Obergefreiten Rudolf Lammermeier von seiner Mutter (Lügde):

"Gestern Mittag kam zu uns Annaliesa Rostock gerannt. Sie war sehr aufgebracht. Bei Ihnen hatte sich im Schweinestall ein russisches Mädchen erhängt. Unsere polnischen Arbeiterinnen sagten, Frau Rostock habe die Russin immer geschlagen und beschimpft. Sie war im April hierher gekommen und hatte die ganze Zeit über geweint ... Wir haben Frau Rostock besänftigt, man kann doch schon für wenig Geld eine neue russische Arbeiterin erwerben...".

---

37 Im weiteren bringen wir Aufzeichnungen oder Zitate aus einem unveröffentlichten Sammelband von Dokumenten u.d.T. "Nemeckaja Katorga" [Deutsche Zwangsarbeit; russ.], zusammengest. von I. Erburg noch im Jahre 1943 (GARF, Bd. 7021, Sammlung 116, Bl. 385), und nach dem Bericht "Ugon v rabstvo" [Zur Sklaverei verschleppt, russ.] des Assistenten des sowjetischen Hauptanklägers bei den Nürnberger Prozessen, Genosse Zorja (GARF, Sammlung 7021, Abschnitt 116, Akte 351, S. 49 -50).

U. Herbert verglich den praktischen Arbeitseinsatz der Ausländer mit den gleichzeitig getroffenen politischen Entscheidungen und kam zu Schlußfolgerungen, die im höchsten Maße gerechtfertigt und aufschlußreich erscheinen:

"Hier wird erkennbar, daß die praktische Durchführung des Ausländereinsatzes durchaus nicht parallel zu den Entscheidungsprozessen in den militärischen und zivilen Leitungsgremien verlief. Während die Landes- und Reichsbehörden nach dem offensichtlichen Scheitern der Politik der Zwangsdeportation stärker zu den Mitteln des größeren Arbeitsanreizes und einer verbesserten Rechtssituation der ausländischen Arbeiter zurückkehrten, wurden die Bestimmungen der subalternen Stellen und der Betriebe umso schärfer, je länger der Krieg dauerte. Ein Mechanismus wurde freigesetzt, der ausgehend von Ansätzen zur Diskriminierung einer Gruppe von Arbeitern, eine eigene Dynamik entwickelte und in logischer Konsequenz zur Radikalisierung der Maßnahmen drängte: Die Existenz eines Sonderrechts für eine bestimmte Gruppe setzt deren klare und eindeutige Definition und Erkennbarkeit voraus und führt in seiner Konsequenz zur Kasernierung, wenn nicht zur äußeren Kennzeichnung; das Verbot der Freizügigkeit führt, soll es denn effektiv durchgeführt werden, zu Stacheldraht und Überwachung; aus Einzelverordnungen entwickelt sich ein System der Reglementierung und Repression mit einer ihm innewohnenden Tendenz zur Perfektionierung. Die Entrechtung im Großen hat zudem die Unterdrückung auch im Kleinen zur Folge. Oft rassistisch begründet ('die Russen wollen es ja nicht anders'), werden die ausländischen Arbeiter dann auch vom Aufseher verprügelt, von der Köchin ums Essen und vom Vorarbeiter um den Lohn betrogen. Obwohl es in oft strengem Gegensatz zu den Anordnungen und Erlassen der Verwaltungsspitze steht, ist es doch nur deren Konsequenz."<sup>38</sup>

Und somit schloß sich der Kreis: Der aus seiner Flasche befreite Geist der Gewalt und des Zwangs handelte sozusagen selbstständig und gehorchte keinem Befehl mehr, sich an die gesetzliche Vorschrift zu halten!

Bereits 1942, also schon zu einem Zeitpunkt als man noch nicht an den nahenden Zusammenbruch dachte, machten sich nachdenkliche Deutsche Gedanken darüber, wie man mit einem möglichen "Sklavenaufstand" fertig werden könne. Im Jahre 1945, als der Zusammenbruch bereits unvermeidlich war, befürchteten Millionen von Ostarbeitern und Kriegsgefangenen, sie könnten vor Ankunft der verbündeten Befreier alle von den SSlern erschossen werden. Diese Befürchtungen waren berechtigt, denn es gab Präzedenzfälle.<sup>39</sup>

Im März 1945 heckte Hitlers krankes Hirn den Plan aus, der von Speer als Doktrin der "verbrannten Erde" bezeichnet wurde. Am 19. März erließ Hitler die Direktive zur Vernichtung aller militärischen, industriellen und Verkehrsanlagen Deutschlands. Sie sollten dem Feind nicht in die Hände fallen. Am 23. März verhängte Martin Bormann ein Dekret zur Konzentrierung der gesunden

<sup>38</sup> Herbert (wie Anm. 7), S. 32.

<sup>39</sup> Ein Fall ist in einem Buch beschrieben, dessen Titel aus einem SS-Bericht stammt: M. Keller: "Das mit den Russenweibern ist erledigt": Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Massenmord und Bewältigung der Vergangenheit in Hirzenheim zwischen 1943 und 1991. Verl. der Bindernagelschen Buchhandlung Friedberg, 1991. Hierin wird eine Tragödie untersucht, die sich am 26.03.1945, d.h. 6 Tage vor Ankunft der Amerikaner, im Lager Hirzenheim bei Niedertal im Vogelsberg ereignete, als 81 Frauen (Ostlerinnen und Polinnen) und 6 Männer erschossen wurden. Vgl. auch die Rezension des o.g. Buches von H. Klos "Das mit den Russenweibern ist erledigt". Der Massenmord von Hirzenheim und die Recherchen des Historikers Michael Keller. In: FAZ, 17.09.1992.

Bevölkerung einschließlich der Ostarbeiter und Kriegsgefangenen im Zentrum des Reiches. Wie Albert Speer beim Nürnberger Prozeß dieses Dekret beschrieb, sollten alle zu Fuß zum Versammlungsort kommen, wobei eine Versorgung der Versammelten nicht eingeplant war. Der Führer und die Parteiführung hatten sich also vorgestellt, daß das heißgeliebte deutsche Volk kollektiven Selbstmord verüben solle - und das auch noch in der erniedrigenden Gemeinschaft mit den 'Untermenschen'. Die ständige Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegenüber menschlichem Leben und die Verachtung der Würde "Fremder" schlug somit um in Verachtung und Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft des Volkes.

#### IV. Gewaltanwendung bei der Repatriierung

Daß die Ostarbeiter überall im Reich zu finden waren, belegt eine Karte über ihre Verteilung nach den Arbeitseinsatzkreisen (Abb. 2).<sup>40</sup> Aber wieviel Menschen wurden in den Kriegsjahren insgesamt aus der UdSSR nach Deutschland deportiert?

Die bekannteste Zahl stammt von Alexander Dallin: Nach dem Stand vom 30. Juni 1944 zählte man im Dritten Reich 2.792.699 "Ostarbeiter"<sup>41</sup>. Diese Zahl ist jedoch ungenau. Darin sind nicht enthalten: a) die in Deutschland bis zu diesem Tag verstorbenen Ostarbeiter (nach unseren indirekten Berechnungen ca. 50.000 Menschen); b) die "Heimkehrer", d.h. Personen, die arbeitsunfähig erklärt und in den Jahren 1942/43 in ihre Heimat verbracht wurden (etwa 150.000 Personen); c) die von Juli bis August 1944 Vertriebenen (hier geht es um die sehr geringe Zahl von einigen tausend Menschen, max. 15 - 20.000); d) die nicht von Deutschland, sondern die von seinen Verbündeten Deportierten, also etwa von Rumänien (ca. 30-40.000 Menschen) und Finnland (etwa 40.000 sog. Ingermanländer). Dabei sind sicher zahlreiche Flüchtlinge nicht berücksichtigt, denn eine große Zahl von ihnen kam in der Statistik der Arbeitsdienste gar nicht vor, obwohl sie z.T. angeworben wurden und natürlich auch in den bereits dem Reich einverleibten Gebieten zum Arbeitseinsatz kamen. Zu dieser Zahl gehören sicherlich auch die 'Westler', d. h. Ukrainer, Polen, Balten, die aus Gebieten angeworben wurden, welche von der UdSSR vor dem Krieg annektiert worden waren. Somit muß man sicher von ca. 3,0 - 3,1 Millionen 'klassischen' Ostarbeitern ausgehen, die sich im Reich oder bei seinen Verbündeten aufhielten. Dabei sind - wie gesagt - noch nicht berücksichtigt vor allem a) die Flüchtlinge, deren Zahl aller Wahrscheinlichkeit nach mindestens 1 Million Menschen beträgt; b) die "Westler" (rund ca.

---

40 Stichtag war der 15. Mai 1944. Statistische Quelle: Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich. Nr. 10 vom 31. Oktober 1944. Die Arbeitseinsatzkreise entsprechen der Parteiverwaltungseinteilung in Gauen.

41 Dallin, 1958, S. 465, mit Bezug auf: Vortragsnotiz für den Herrn Generalquartiermeister, 28.07.19844 in: BA/MA, Wi/ID 2445.

700.000-800.000 Personen) und c) die Kriegsgefangenen, von denen es im Reich über 2 Millionen gab).<sup>42</sup>

Nach den am 11. Februar 1945 in Jalta geschlossenen Vereinbarungen wurden (im Widerspruch zu vielen anderen internationalen Verträgen, insbesondere zu der Genfer Konvention von 1929 über Kriegsgefangene und entgegen der angelsächsischen Tradition über die Gewährung von politischem Asyl) alle diese Menschen in die UdSSR repatriiert, wobei diese Repatriierungen nicht freiwillig waren, sondern häufig auch zwangsweise durchgeführt wurden.

General Filipp Golikov, der am 6. Oktober 1944 zum Leiter der neu gegründeten Verwaltung eines Bevollmächtigten des Rats der Volkskommissariate der UdSSR für Repatriierungsfragen ernannt wurde, bekam sozusagen die Rolle eines sowjetischen Fritz Sauckel übertragen oder genauer gesagt eines Anti-Sauckel. Mit Versprechungen und Drohungen, durch Wahrheit und Lüge sollte er seinem kommunistischen, während des Krieges drastisch entvölkerten "Reich" Millionen im Ausland gestrandeter Arbeitskräfte wieder zuführen. Dafür wurde buchstäblich in der gesamten Welt ein weit gespanntes Netz von sowjetischen Repatriierungs-Missionen ins Leben gerufen.

Eigentlich begann die Repatriierung bereits im Oktober 1944: Die Verbündeten - die Engländer und ab Ende Dezember auch die Amerikaner - machten sich daran, die früheren sowjetischen Kriegsgefangenen, die jetzt von den neuen Verbündeten abermals in Gefangenschaft genommen worden waren - in deutscher Uniform und als Mitglieder von Hilfstruppen der Wehrmacht (Organisation Todt u.a.) in die Heimat auszuliefern. An eine Repatriierung der Ostarbeiter selbst machte man sich im Januar 1945, als die Rote Armee nach Oberschlesien einzog, und wahrscheinlich schon früher auch beim Durchbruch nach Ostpreußen.

Nach der gemeinsamen Direktive des Etappenleiters der Roten Armee und des Bevollmächtigten des Rats der Volkskommissariate für Repatriierungsfragen vom 18. Januar 1945 sollten die Repatrianden folgendermaßen 'sortiert' werden: 1.) Kriegsgefangene (Mannschaften und Unteroffiziere) kamen in Armee-Sammel- und Versandlager und nach ihrer Überprüfung zu den Reserveverbänden des Volkskommissariats für Verteidigung; 2.) Kriegsgefangene Offiziere sollten in Sonderlager des NKWD eingeliefert werden; 3.) Kriegsgefangene und Bürger,

<sup>42</sup> Diese Berechnung stimmt insgesamt ganz gut mit den Angaben der "Sonderkommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutsch-faschistischen Eroberer und ihrer Verbündeten und des durch sie verursachten Schadens" überein. Wir haben eine vergleichende Tabelle gefunden über "verallgemeinerte Daten zur Berechnung der Opfer von Kriegsverbrechen durch Deutsche und ihre Verbündeten auf dem Territorium der UdSSR vom 1. März 1946" in: GARF, Bestand 702, Sammlung 116, Einheit 246 b. Die Tabelle enthält - bezogen auf die Gebiete - Angaben über die Zahl: 1.) "der ermordeten, gefolterten Zivilbevölkerung" 2.) "der ermordeten, gefolterten Kriegsgefangenen" und 3.) "der in deutsche Sklaverei Deportierten". Nach dieser Quelle wurden 4.128.796 Menschen nach Deutschland deportiert, darunter - nach Unionsrepubliken - aus der Ukraine 2.023.112, aus der russischen Föderation 1.126.189, aus Weißrussland 373.698, aus Lettland 248.873, aus Estland 173.000, aus der Moldau 470.242, aus Litauen 36.540 und aus der Karelisch-finnischen SSR 142 Personen (wie sich erkennen läßt sind diese Daten nicht abschließend, die Gesamtzahl dürfte etwas größer sein).

die in Truppenteilen deutscher Spezialeinheiten gedient hatten, Vlasov-Anhänger, Polizisten und andere Verdächtige mußten ebenfalls in ein NKWD-Sonderlager;<sup>43</sup> 4.) die Zivilbevölkerung (d.h. die Ostarbeiter) kam in Front-Sammel- und Versandlager sowie in Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWDs an der Grenze.<sup>44</sup> Nach der Überprüfung mußten die Männer im wehrfähigen Alter zur Armee (Reserve),<sup>45</sup> die übrigen an den ständigen Wohnort (mit dem Verbot, sich in Moskau, Leningrad und Kiew niederzulassen); 5.) die Bewohner der Grenzgebiete kamen in Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD und 6.) Waisenkinder in die staatlichen Kinderheime und Kinderkrippen.

Offiziere der sowjetischen Repatriierungs-Missionen waren bei den Divisionsstandorten und Corps der Verbündeten akkreditiert, später bei den Heeresleitungen der Länder. Mitte Juli 1945 besaßen 162 Offiziere eine Akkreditierung, 77 davon in der britischen, 70 in der amerikanischen und 15 in der französischen Zone.<sup>46</sup> Im Frühjahr und Sommer 1945 hatten die sowjetischen Vertreter faktisch unbeschränkte Möglichkeiten, Lager zu besuchen, Lagerkommandanten zu werden oder sogar ihre eigenen Kandidaten als Lagerkommandanten vorzuschlagen. Die Offiziere der Repatriierungs-Missionen nutzten diese Möglichkeit äußerst engagiert zur Durchführung ihrer Propaganda. So organisierten sie 1945 - d. h. noch vor Kriegsende! - nahezu überall Versammlungen und Demonstrationen zum 1. Mai.<sup>47</sup> In ihrer konkreten Arbeit gingen jedoch viele von ihnen weit über den Rahmen der ihnen eingeräumten quasi-diplomatischen Rechte und Vollmachten hinaus. Sie schreckten weder vor Einschüchterung und Erpressung,

43 E. Lugin schreibt mit den Worten eines von ihm getroffenen Vlasov-Anhänger, daß ein gemeiner Vlasov-Soldat 5 Jahre Lager bekam, ein Offizier oder ein Soldat der mit Waffen gefangen genommen worden war aber bis zu 10 Jahre (Lugin, ebd., S. 275).

44 Personen, die an diesen Stellen überprüft wurden, wurden im Unterschied zu den in den Überprüfungs- und Filtrationslagern, zu den Spezial-Kontingenten des NKWDs gerechnet.

45 Wie sich einer von den auf unsere Befragung antwortenden ausdrückt, bereiteten sich viele von ihnen auf "Japan" vor (d. h. auf den Krieg mit Japan). Auf der anderen Seite gelangten viele, insbesondere aus den Mannschaften, in die aktive Armee und erhielten sogar Kriegsauszeichnungen. Nach den Worten von Marschall Konev "erwies sich die aus den Repatrianten einfließende Auffüllung des Heeres als stabil, mutig und würdig des Rufes von Kämpfern der Roten Armee" (F.J. Golikov. God raboty po repatriacii sovjetskich graždan. (Ein Jahr Arbeit zur Repatriierung sowjetischer Bürger; russisch) in: Prawda, 4. Oktober 1945).

46 W. Jakobmeier. Von Zwangsarbeit zum heimatlosen Ausländer. Die displaced persons in Deutschland 1941 - 1945. In: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 65, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, 1985, S. 129. Außerdem erhielten 36 Offiziere am 13. August 1945 eine befristete Akkreditierung (für einen Monat) in der amerikanischen Zone.

47 Zur Beschreibung einer solchen Versammlung in einem russischen Lager in der Stadt Hamm s.: K. Gestra: "Es lebe Stalin" Sowjetische Zwangsarbeiter nach Ende des 2. Weltkrieges. Das Beispiel der Stadt Hamm in Westfalen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 1993, Nr. 2, S. 76 - 77. Hier werden auch die Losungen genannt und systematisch untersucht, die mit roter Farbe auf die Kasernengebäude geschrieben waren: etwa "Ruhm der Heimat", "Unsere Sache ist die Richtige - wir werden siegen", "Gegrüßt sei der große Führer und Lehrer, Generalissimus Stalin!", "Ruhm für Marschall Žukow" und andere ähnliche Losungen, insgesamt ca. 30.

noch vor Diebstahl und regelrechten Verbrechen an Menschen zurück.<sup>48</sup> Ihr aggressives Verhalten in den Lagern führte zwangsläufig zu Unruhen bei den Lagerinsassen und immer häufiger zu offenen Aufständen und sogar zu Übergriffen gegen sie, besonders in Lagern mit überwiegend ukrainischen und baltischen Insaßen.

Volle Gültigkeit bekam die - von der UdSSR und ihren westlichen Verbündeten vorbereitete - Maßnahmen zur Repatriierung natürlich erst nach dem 9. Mai, besonders nachdem am 23. Mai in Leipzig (nach Gesprächen, die in Halle stattgefunden hatten) zwischen den Verbündeten eine Vereinbarung unterschrieben worden war, die einen "Plan zur Übergabe der von der Roten Armee und den Heeren der Verbündeten befreiten früheren Kriegsgefangenen und Zivilpersonen über die Heereslinie" beinhaltete. Der Inhalt war ein technisches Protokoll und eine klare Instruktion dazu, wie die geheimen Absprachen von Jalta realisiert werden sollten.

Die Aufgabe bestand darin, die Repatriierung in die UdSSR noch vor Einbruch der Winterkälte abzuschließen. Sie wurde insgesamt erfolgreich gelöst, denn die Repatriierung begann mit einem unglaublichen Tempo: Die ersten 200.000 von den Verbündeten kommenden Repatrianden überschritten bereits vor dem 23. Mai die Demarkationslinie - dem Datum, an dem die Vereinbarung von Halle/Leipzig in Kraft treten sollte. Bis zum 30. Mai waren es sogar bereits 519.102 Menschen. Man kann es sich kaum vorstellen: In nur einer Woche wurde eine halbe Million Menschen umgesiedelt! Im Durchschnitt hieß dies ca. 60.000 Personen pro Tag, also das Zwei- bis Dreifache über der berechneten Umsatzfähigkeit der eigens dafür geschaffenen Infrastruktur!<sup>49</sup> Von solch einem Tempo hätte Sauckel nicht einmal träumen können!

Nach dem Stand vom 1. September 1945 betrug die Gesamtzahl der Repatriierten 5.115.709. Davon waren bereits 3.969.656 an ihrem Wohn- oder Dienstort in der UdSSR angekommen und 1.114.053 Personen befanden sich noch in der Überführung. Unmittelbar aus dem Operationsbereich der Roten Armee wurden 2.886.157 Menschen repatriiert, und 2.229.522 Personen wurden von den Verbündeten übernommen, 1.855.910 davon nach dem 23. Mai 1945<sup>50</sup>. Einen Monat später betrug die Gesamtzahl 5.263.130, davon 3.104.284 Männer und 1.498.953 Frauen und 633.993 Kinder bis zum Alter von 16 Jahren.<sup>51</sup> Für die folgende halbe Million erwies sich die Repatriierung als schwieriger: Zum 1. Juli

48 s. z.B. über die Tätigkeit des Generals Chajničkov und seiner Untergebenen in der britischen Zone den Brief des estnischen Bürgers Johannes Meekal in: Jakobmeier, (wie Anm. 47), S. 129.

49 Nicht die durchschnittlichen, sondern die realen täglichen Rekorde beliefen sich Ende Mai auf 100.000 Personen (durchschnittlich 107.000). Im weiteren Verlauf wurde dieser Wert gesenkt: im August bis auf 25.000, und im September 11.000 Personen. Vgl. Jakobmeier (wie Anm. 47), S. 59.

50 O chode repatriacii sovjetskich graždan [über den Verlauf der Repatriierung von Sowjetbürgern. Interview mit dem Bevollmächtigten des Volkskommissariats der UdSSR für Repatriierungsfragen General Feldmarschall Golikov und dem Korrespondenten der TASS; russ.], in: Prawda, 6. September 1945.

51 Golikov, (wie Anm. 48).

1945 erhielt man von den Verbündeten 1.008.971, zum 1. August 1945 weitere 1.276.944 Personen. Die zweite Million wurde offensichtlich zum Tag der Verfassung (5. Dezember) ausgetauscht. Am 10. Dezember 1945 wurden 2.033.164 Personen aufgenommen. Zum 1. März 1946 waren bereits 2.352.668 Menschen repatriiert, davon 2.038.700 über das genannte Lagernetz in Deutschland und Österreich und 313.986 Personen wurden der UdSSR direkt zugestellt, per Eisenbahn oder auf dem Seewege<sup>52</sup>.

In der Gesamtbilanz sind die Zahlen der Repatriierung dennoch beeindruckend: Zum Beginn des Oktobers 1945 gab es ca. 4,1 Millionen, und zum März 1946 4,2 Millionen Rückkehrer!<sup>53</sup>

Es ist kaum nötig darauf hinzuweisen, daß auch die rein äußerlichen Formalitäten der Repatriierung aus den östlichen und westlichen Besatzungszonen unterschiedlich verliefen. Bei der Repatriierung aus einem Westlager wurde "eine schnell zusammengestellte Deklaration" zur Unterschrift vorgelegt, "mit der Erklärung, daß man nur eine Wahl habe, die freiwillige Rückkehr in die Heimat. Ein Blick in die giftigen Augen des Agenten überzeugte den Repatrianten, das Dokument schnell abzuzeichnen".<sup>54</sup> Man bekam eine Trockenration mit auf den Weg (Brot, Konserven, Zwieback), einige schafften es auch zu einem Anzug. Autos oder Lastwagen aus den Beständen der Zonen der Verbündeten, manchmal mit unterwegs abgerissenen Zweigen geschmückt, brachten die Menschen an die Sammel- und Abfertigungsstellen. Sie waren "völlig in Schweigen gehüllt", in angespannter Furcht.

Diejenigen, die nicht einmal diese symbolische Wahl hatten, d.h. die Ostarbeiter aus den Sowjetzonen, schmückten in der Regel ihre Fahrzeuge mit Emblemen und Portraits der 'geliebten' sowjetischen Führer. Sie wurden mit Musik und Liedern, aber hauptsächlich mit Hoffnung verschickt. In den Lagern wurden sie jedoch alle gleich empfangen: mit aggressiven Plakaten, auf denen stand "Die Heimat wartet", mit Maschinengewehren und mit einer die erste Registrierung vorbereitenden Grundsortierung: Kriegsgefangene nach links, die anderen nach rechts, Frauen und Kinder blieben an Ort und Stelle. Wiederum - das wievielte Mal schon? - wurden Familien getrennt, sowohl alte, als auch neue (hatten doch in den Wochen und Monaten nach der Anarchie und Freiheit des Frühlings und Sommers 1945 viele Kriegsgefangene Ostler und Ostlerinnen sich den Kranz des Juvenäus umgebunden!). Die Männer erwartete schon am anderen Tag oder innerhalb der nächsten Tage ein kilometerlanger Marsch (bis zu 100 Kilometern!) in Kolonnen von mehreren hundert Personen und unter dem Schutz von mit Maschinenpistolen und Fahrrädern ausgerüsteten Soldaten in die eigens dafür

---

52 V. N. Zemskov, K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944 - 1951 gg. [Zur Repatriierung sowjetischer Bürger 1944 -1951], in: Istorija SSSR 1990, Nr. 4, S. 33, 34.

53 Ebd., S. 34f. Die erste Zahl geht auf Zemskov zurück, der die von Golikov in der Prawda vom 4. Oktober 1945 veröffentlichten Daten über die Zahl der nach Rußland heimgekehrten Repatrianten (5.236.130, davon 3.104.284 Männer, 1.498.153 Frauen und 633.693 Kinder) bereinigte, indem er die im Innern "umgesiedelten Personen" abzog. Die zweite Zahl stammt aus Angaben des Regierungsamts.

54 Lugin, (wie Anm. 54), S. 248

ingerichteten Filterlager (sogenannte 'prophylaktische Kontrollstellen').<sup>55</sup> Eine Stunde vor Verlassen des Lagers hieß es Aufstellung nehmen und eine "Überprüfung der persönlichen Dinge" durch eine Kommission über sich ergehen zu lassen. Sie wurde vom Lagerkommandanten persönlich angeführt. Angeblich suchte man nach Waffen, weggenommen wurden jedoch Fotoapparate, Uhren, Rundfunkempfänger, zerlegte Fahrräder, Nähmaschinen, Geld - alles, was den Wächtern gefiel.

In den Filterlagern erwartete die Angekommenen darüberhinaus folgende, für die "freiwilligen Zwangsmaßnahmen" typische Situation:

"Einige Tage nach unserer Ankunft im Lager fand eine Versammlung statt, auf der einer aus unserer Mitte redete und erklärte, wir alle hätten uns gegenüber der Heimat und unserem Volk sehr viel Schuld aufgeladen, und er machte deshalb den Vorschlag, wir sollten uns freiwillig für 5 Jahre zum Bau am Ural melden, und nicht nach Hause fahren. Dies sei das einzige Mittel, wie wir uns von unserer Schuld loskaufen könnten. Auf die Frage, wer dagegen sei, gab es, wie zu erwarten, keinen der antwortete. Der Vorschlag war also einstimmig angenommen worden, und nach zwei Tagen wurden wir zu je 70 in Eisenbahnwaggons verladen und, nachdem diese von außen durch einen Balken verschlossen worden waren, an unseren Bestimmungsort verbracht. Während der zwei Wochen dauernden Reise wurden die Waggons nur einmal innerhalb von 24 Stunden für 15 - 20 Minuten geöffnet. In dieser Zeit wurde Essen verteilt, das aus 200 Gramm Brot und einfachem Wasser bestand. Nach 2 Wochen kamen wir im Kuzneck-Becken bei den Kohlebergwerken an. Dort kamen wir in ein riesiges Lager, angefüllt mit genau den gleichen freiwilligen Repatrianten, die angeblich 'nicht nach Hause kehren wollten'.<sup>56</sup>

Dieses Vorgehen nannte sich "Mobilisierung in Arbeitsbataillons", die den verschiedenen Ministerien, z.B. dem Ministerium für Kohleindustrie, unterstellt waren. Am häufigsten wurden die Leute in den Donbas geschickt, zur Einrichtung und zum Betrieb der Bergwerke,<sup>57</sup> zum Roden von Wäldern oder - was einen mehrmonatigen (bis zu einem Jahr und länger dauernden) Aufenthalt in Deutschland bedeutete - zur Erhaltung, Demontage und Überführung von erbeuteten (oder im Zuge der Reparatur demontierten) Anlagen mit anschließender Montage in der UdSSR.

Wie sah also insgesamt 'das rosige Schicksal' der Repatriierten nach ihrer Heimkehr aus? Nach den einschlägigen Daten der staatlichen Statistik waren die Ergebnisse der Überprüfung und Filtrierung von 4.199.488 Repatriierte (zum 1. März 1946) folgende: 1.) nach Hause entlassen: 2.427.906 Personen (57,8 %); 2.) zur Armee einberufen: 801.152 (19,1 %); 3.) in Arbeitsbataillons des Volkskommissariats für Verteidigung eingezogen: 608.095 (14,5 %); 4.) dem NKWD

55 Die Frauen beließ man i.d.R. in den Baracken, danach verschickte man sie in die UdSSR.

56 (anonym) "Vozvraščenie na rodinu ili begstvo na čuzbinu" [Heimkehr in die Heimat und Flucht in die Fremde, Ostlerschicksal; russ.], in: Posev. Frankfurt, Nr. 46 (129), 14. November 1948, S. 9 - 10.

57 Doch auch damit hatte ihr unglückliches Los noch kein Ende gefunden: Man konnte sie auch weiterverschicken und somit ihre Heimkehr auf Jahre, wenn nicht auf immer hinausschieben. So z.B. wurde B. D. Barsov, nachdem er - nach Deutschland - in 26 Arbeitsbataillons im 19. Schacht von "Snežantracit" abgearbeitet hatte, danach auf Befehl des Ministeriums für die Kohleindustrie zu Bauarbeiten ins Moskauer Gebiet abgesandt und kehrte somit nicht in sein Heimatdorf Šeršuny zurück, das im Gebiet Smolensk liegt.



überstellt: 272.867 (6,5 %); 5.) 89.468 Personen (2,1 %) befanden sich bei den Sammel-Versandstellen oder wurden von den sowjetischen Streitkräften und Verwaltungen im Ausland zu Arbeiten herangezogen.<sup>58</sup>

Es ist seltsam, wie sehr die Interessen der UdSSR und der Verbündeten parallel liefen, kurze Zeit sogar völlig übereinstimmen: Die UdSSR wollte so schnell wie möglich Millionen von Menschen erwerben, und die Koalitionspartner wollten so schnell wie möglich Millionen von Menschen loswerden, weil sie diese auf eigene Kosten mit Nahrung, Getränken, Schuhen, Kleider und sogar mit Schutzgarantien ausstatten mußten (nicht selten gab es allerdings auch den Fall, daß man die örtliche Bevölkerung vor ihnen schützen mußte)! Sowohl England als auch - ein wenig später, dafür aber ohne zu zögern - die USA unternahmen aus diesem Grund für den befreundeten "Alten im Kreml" alles, was sie konnten.

Das deutlichste Beispiel dafür sind die massenweise an die Sowjetmächte ausgelieferten Mitglieder kollaborierender Einheiten. Zu ihnen gehörten - das wollten die verbündeten Demokraten lange Zeit nicht wahrhaben - nicht wenige russische Emigranten aus der Revolutionszeit und aus dem Bürgerkrieg.<sup>59</sup> Ihre Auslieferung stand im Widerspruch zu den internationalen Konventionen und war auch im Vertrag von Jalta nicht vorgesehen. Der gesamte Vorgang entbehrte also jeder Rechtsgrundlage.<sup>60</sup>

Schaden genommen hat durch diese Maßnahmen daher auch die Bedeutung des Wortes "Repatriierung". Durch das, was mit Millionen früherer Ostarbeiter und sowjetischer Kriegsgefangener in der Nachkriegszeit geschah, hat das Wort seinen neutralen Sinn verloren und einen Beigeschmack bekommen: Die Begriffe "Repatriierung" und "Zwangs-Repatriierung" sind zu Synonymen geworden.

### Schlußbemerkung

Mit dem Ende des Krieges und dem Ende der Repatriierung hatten die Zwangsmaßnahmen gegen die ehemaligen Ostarbeiter aber noch kein Ende gefunden. 1961 erlitten sie ein weiteres Unrecht. In diesem Jahr war die Frist zum Anschluß an die Luxemburger Vereinbarung von 1959 abgelaufen, der die UdSSR nicht beitreten wollte. Die ehemaligen Sklaven wurden dadurch auch noch einer

58 Zemskov, ebd., S. 36. Zu den dem NKWD überstellten Repatrianten gehörten auch die zur Sonderumsiedelung vorgesehenen deutschen Umsiedler (Sowjetbürger), Krimtataren, Kalmüken, Tschetschenen, Inguschen, Kara aier, Balkarer und einige andere (Ingermanländer, die aus Finnland repatriiert wurden, wurden entgegen den Versprechungen, sie in die Heimat zu verschicken, ins Leningrader Gebiet, zwangsweise in die Gebiete Velikiluki, Kalinin und Jaroslawl u. a. umgesiedelt).

59 Vgl.: N. Tolstoj Zertvy Jalty. (Die Opfer von Jalta, russ.) Übers. aus dem Engl. von E.S. Gessen; in: Issledovanija novejšej russkoj istorii. Paris Bd. 7. 1988, 530 S.

60 Vgl. die Aussage von Patrick Deen, dem Assistenten des juristischen Beraters beim Außenministerium Großbritanniens: "Um die Wünsche der sowjetischen Regierung zu erfüllen, haben wir, mit gewissem Risiko für uns selbst, unser Gesetz bis zum Äußersten gedehnt, damit alle sowjetischen Bürger, egal ob sie in der Roten Armee dienten oder nicht, zurück in die Sowjetunion geschickt werden konnten, egal ob sie es wollten oder nicht". Zit. nach Tolstoj (wie Anm. 60), S. 119.

Wiedergutmachung für ihre Sklavenarbeit beraubt, einer bescheidenen Kompensation, die ihnen dann per Gesetz zugestanden hätte. Aber nach dem Verständnis einer gewissen Partei und auch der eigenen Regierung sollte diesen 'Verrätern' und 'Helfershelfern' nicht auch noch geholfen werden! Unsere Soldaten, so dachten sie wohl, haben an der Front gekämpft und sollen nichts erhalten? Und diese Kriecher haben vor dem Feind den Rücken krumm gemacht, und sollen jetzt noch Butter aufs Brot bekommen?

So stehen diese Millionen Menschen weiterhin in jenem Zusammenhang von Gewalt und Zwang, in den sie nicht aus freiem Willen hineingezogen wurden. Sie selbst haben dies wahrscheinlich gar nicht bemerkt, denn sie wußten nichts davon. Sie haben im Stillen dort gearbeitet, wo man ihnen erlaubte zu leben, und waren bereits glücklich und zufrieden damit, daß sie niemand mehr belästigte.